

# Antrag

beschlossen von der 198. Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg  
am 7. Mai 2026

## **Teuerung wirksam bremsen – Schutzschirm für Arbeitnehmer:innen ausbauen**

Die anhaltend hohe Teuerung ist zunehmend zu einer strukturellen Belastung für breite Teile der arbeitenden Bevölkerung geworden. Insbesondere die stark gestiegenen Preise für Energie, Mobilität und Güter des täglichen Bedarfs führen dazu, dass selbst grundlegende Ausgaben für viele Haushalte kaum noch leistbar sind. In einer Zeit internationaler Krisen und geopolitischer Konflikte verschärfen externe Preisschocks die Situation zusätzlich, wodurch sich die finanzielle Unsicherheit weiter verfestigt.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass punktuelle Eingriffe – wie etwa die Einführung einer Spritpreisbremse – zwar kurzfristig entlastend wirken können, jedoch nicht ausreichen, um die Dynamik der Preissteigerungen nachhaltig einzudämmen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass steigende Energiepreise zeitverzögert auch andere zentrale Lebensbereiche wie Wohnen und Ernährung verteuern und damit eine breite Preisspirale in Gang setzen. Besonders betroffen sind Arbeitnehmer:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen, Pendler:innen sowie Beschäftigte in Regionen mit unzureichender öffentlicher Infrastruktur, für die individuelle Mobilität unverzichtbar ist.

Hinzu kommt, dass steigende Kosten in der Transportwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette weitergegeben werden und letztlich bei den Konsument:innen ankommen. Ohne gezielte Gegenmaßnahmen droht eine Verfestigung dieser Entwicklung, die nicht nur die Kaufkraft schwächt, sondern auch soziale Ungleichheiten weiter verschärft. Gleichzeitig zeigt sich, dass die bestehenden steuerlichen Strukturen die Finanzierung notwendiger Entlastungsmaßnahmen unzureichend absichern, da große Vermögen bislang nur in geringem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Diese Entwicklung ist sozialpolitisch höchst problematisch. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende Preisspitze, sondern um eine tiefgreifende Belastung, die eine entschlossene und umfassende politische Antwort erfordert. Nicht einzelne Maßnahmen, sondern ein abgestimmtes Gesamtpaket ist notwendig.

**Vor diesem Hintergrund stellt die 198. Vollversammlung der AK Vorarlberg an die politischen Entscheidungsträger:innen folgende Forderungen:**

- **Einrichtung einer unabhängigen Anti-Teuerungskommission** mit klaren Kompetenzen zur laufenden Kontrolle und Bewertung der Preisentwicklung bei Energie sowie bei Gütern des täglichen Bedarfs.
- **Einführung eines transparenten und dauerhaften Monitoringsystems**, das ungerechtfertigte Preissteigerungen frühzeitig erkennt und wirksame Gegenmaßnahmen ermöglicht.
- **Laufende Evaluierung und gegebenenfalls Nachschärfung bestehender Maßnahmen wie der Spritpreisbremse**, um deren tatsächliche Entlastungswirkung sicherzustellen.
- **Maßnahmen zur Stabilisierung der Transport- und Lieferketten**, um eine zusätzliche Weitergabe von Kostensteigerungen an Konsument:innen zu verhindern.
- **Sicherstellung der Energieversorgung zu leistbaren Preisen** als zentrale öffentliche Aufgabe.
- **Einführung vermögensbezogener Steuern**, insbesondere auf große Vermögen und Erbschaften, um die Finanzierung von Entlastungsmaßnahmen auf eine breitere und gerechtere Basis zu stellen.